

## **Gesetz über den Feuerschutz (Feuerschutzgesetz)**

Änderung vom <sup>1</sup>

---

Der Landrat von Nidwalden,  
gestützt auf Art. 60 der Kantonsverfassung,  
beschliesst:

### **I.**

Das Gesetz vom 29. April 1973 über den Feuerschutz (Feuerschutzgesetz)<sup>2</sup> wird wie folgt geändert:

*Titel, Einführung einer Abkürzung*

Gesetz über den Feuerschutz (Feuerschutzgesetz; FSG)<sup>2</sup>

### **Art. 2 Abs. 2 und 3 Zusammenarbeit der Gemeinden**

<sup>1</sup> Mehrere Gemeinden können vereinbaren, bestimmte Aufgaben des Feuerschutzes gemeinsam zu erfüllen; solche Vereinbarungen bedürfen der Genehmigung durch den Regierungsrat.

<sup>2</sup> Der Regierungsrat kann Gemeinden verpflichten, bestimmte Aufgaben des Feuerschutzes gemeinsam zu erfüllen, wenn dadurch der Feuerschutz langfristig sichergestellt und verbessert werden kann.

<sup>3</sup> Die Verpflichtung zur Zusammenarbeit ist gestützt auf die Grundsätze der Feuerwehr Koordination Schweiz<sup>3</sup> zu beurteilen.

### **Art. 30 Feuerwehr der Gemeinden 1. allgemein**

<sup>1</sup> Die politischen Gemeinden haben den örtlichen Verhältnissen und Bedürfnissen entsprechende Feuerwehren zu organisieren, auszurüsten und zu unterhalten.

<sup>2</sup> Jede Feuerwehr wird von einer Kommandantin oder einem Kommandanten geführt.

**Art. 34 Abs. 1 2. Dauer**

<sup>1</sup> Die Feuerwehrpflicht beginnt am 1. Januar desjenigen Jahres, in dem das 20. Altersjahr vollendet wird und endet am 31. Dezember desjenigen Jahres, in dem das 48. Altersjahr vollendet wird.

<sup>2</sup> Die Feuerschutzkommission kann nicht feuerwehrpflichtige Personen im Dienst belassen oder in den Dienst aufnehmen.

**Art. 35 3. Entschädigung**

Der Regierungsrat legt die Entschädigungen für die Feuerwehrdienstleistenden in einer Verordnung fest.

**Art. 38 Abs. 1 und 2 6. Ersatzabgabe  
a) Grundsatz**

<sup>1</sup> Feuerwehrpflichtige, die keinen Dienst leisten, entrichten unter Vorbehalt von Abs. 2 und 3 in ihrer Wohnsitzgemeinde jährlich eine Ersatzabgabe von Fr. 250.-.

<sup>2</sup> Personen, die keine Einkommenssteuer gemäss Art. 40 des Steuergesetzes<sup>4</sup> zu entrichten haben, leisten jährlich eine Ersatzabgabe von Fr. 80.-.

<sup>3</sup> Die Ehegattin oder der Ehegatte beziehungsweise die Partnerin oder der Partner aus eingetragener Partnerschaft, welche beziehungsweise welcher mit der Dienst leistenden Person in rechtlich und tatsächlich ungetrennter Ehe beziehungsweise eingetragener Partnerschaft lebt, ist von der Leistung der Ersatzabgabe befreit.

<sup>4</sup> Der Regierungsrat kann die Ersatzabgabe der Teuerung anpassen.

**Art. 44 4. Koordination mit dem Zivilschutz**

Die Feuerwehren der Gemeinden und der Zivilschutz haben im Hinblick auf eine wirkungsvolle Zusammenarbeit ihre Tätigkeiten in personeller, taktischer und ausrüstungsmässiger Hinsicht zu koordinieren.

**Art. 60d Übergangsbestimmung zur Änderung vom XX.XX.2011**

Feuerwehrpflichtige, die beim Inkrafttreten der Änderung vom XX.XX.2011 das 41. Altersjahr vollendet haben, sind von der Feuerwehrpflicht befreit.

**II.**

Die Vollziehungsverordnung vom 14. Oktober 1978 zum Gesetz über den Feuerschutz (Feuerschutzverordnung)<sup>5</sup> wird wie folgt geändert:

*Titel, Einführung einer Abkürzung*

Vollziehungsverordnung zum Gesetz über den Feuerschutz (Feuerschutzverordnung, FSV)<sup>5</sup>

**§ 1 Zusammenarbeit von Gemeinden**

Wenn mehrere Gemeinden bestimmte Aufgaben des Feuerschutzgesetzes<sup>2</sup>, wie die Ölwehr usw., gemeinsam erfüllen, haben sie entsprechende Vereinbarungen abzuschliessen, die der Genehmigung des Regierungsrats bedürfen.

**§ 3 Ziff. 9 lit. b Feuerschutzkommission**

Neben den in Art. 5 des Feuerschutzgesetzes<sup>2</sup> erwähnten Obliegenheiten ist die Feuerschutzkommission insbesondere zuständig für:

1. den Entscheid, wer bezüglich der Feuerwehr dienstpflichtig und wer ersatzpflichtig ist;
2. die Einteilung der Feuerwehrmannschaft;
3. den Erlass von Disziplinarverfügungen sowie die Anordnung von Versetzungen oder die Entlassung aus der aktiven Feuerwehr;
4. die Ernennung, Beförderung, Versetzung oder Entlassung von Feuerwehroffizieren und Feuerwehrunteroffizieren, soweit dazu nicht der Gemeinderat oder der Feuerwehrkommandant zuständig ist;
5. den Entwurf des Feuerwehrbudgets zuhanden des Gemeinderates;
6. den Vollzug der im genehmigten Budget enthaltenen Anschaffung; § 144 bleibt vorbehalten;
7. die Überwachung der allgemeinen Dienstbereitschaft der Feuerwehr;
8. die Führung der verschiedenen Kontrollen, insbesondere der Korpskontrolle aller Dienstpflichtigen sowie die Kontrolle der Disziplinarverfügungen;
9. die Antragstellung zuhanden des Gemeinderates betreffend:
  - a) Organisation und Ausrüstung der Feuerwehr sowie Beseitigung allfälliger Mängel der Bereitschaft;
  - b) ~~Aufgehoben Festsetzung der Entschädigungen, soweit diese nicht in dieser Verordnung beziehungsweise im Feuerschutzreglement der Gemeinde festgelegt sind oder durch den Regierungsrat oder die Kantonale Sachversicherung festgelegt werden;~~
  - c) Wahl des Feuerwehrkommandanten und dessen Stellvertreter;
  - d) Besuch von Feuerwehrkursen;
  - e) Erstellung von neuen Wasserbezugsorten;
  - f) Erstellung, Erweiterung oder Ausbau von Feuerwehrmagazinen beziehungsweise Materialdepots;
10. die jährliche Berichterstattung an den Gemeinderat über die Tätigkeit der Feuerwehr;
11. die Begutachtung des von der Gemeinde zu erlassenden Reglementes über die Organisation und das Verfahren des öffentlichen Feuerschutzes in der Gemeinde (Feuerschutzreglement).

**§ 97 Abs. 1      Feuerwehrrechnung**

<sup>1</sup>Die Feuerwehrrechnung ist als Spezialfinanzierung gemäss Art. 49 des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden (Gemeindefinanzhaushaltsgesetz, GemFHG)<sup>6</sup> zu führen.

<sup>2</sup>Vermag der Ertrag der Ersatzabgabe die Bedürfnisse der Feuerwehr nicht abzudecken, hat die Gemeinde das sich ergebende Defizit zulasten der Gemeinderrechnung zu übernehmen; eine vorübergehende Verschuldung bei der Feuerwehrrechnung ist statthaft, wenn die Aussicht besteht, die Schulden binnen fünfzehn Jahren abzutragen.

<sup>3</sup>Schliesst die Feuerwehrrechnung mit Mehreinnahmen ab, sind diese zur Schuldentilgung oder zur Reservebildung zu verwenden.

**§ 105            2. Grad**

Die Feuerwehrinspektorin oder der Feuerwehrinspektor steht im Grad eines Feuerwehroberstleutnants, die Stellvertretung im Grad eines Feuerwehrmajors.

**§ 107            Feuerwehrinstruktorinnen und -instruktoren  
1. Ernennung**

<sup>1</sup>Der Regierungsrat ernennt auf Antrag der Feuerwehrinspektorin oder des Feuerwehrinspektors die erforderliche Anzahl von Feuerwehrinstruktorinnen und Feuerwehrinstruktoren; er kann auch Beförderungen von Instruktorinnen und Instruktoren vornehmen.

<sup>2</sup>Wahlfähig ist, wer einen Instruktorenkurs der Feuerwehr Koordination Schweiz<sup>3</sup> mit Erfolg bestanden hat oder im Besitz eines gleichwertigen Fähigkeitsausweises ist.

**§ 114            Aushebung**

<sup>1</sup>Die Feuerschutzkommission führt innerhalb der letzten sechs Monate eines jeden Kalenderjahres eine Aushebung für diejenigen Personen durch, die im folgenden Jahr feuerwehrpflichtig werden.

<sup>2</sup>Sie werden durch die Feuerwehrkommandantin oder den Feuerwehrkommandanten schriftlich aufgeboten. Die Aushebung ist mindestens 20 Tage vor dem Aushebungstermin im Amtsblatt zu veröffentlichen.

<sup>3</sup>Wer an der Aushebung wegen Krankheit oder Unfall nicht teilnehmen kann, hat der Feuerwehrkommandantin oder dem Feuerwehrkommandanten ein ärztliches Zeugnis einzureichen.

**§ 115 und 116      Aufgehoben**

**§ 136 Abs. 1      Weiterbildungskurse**  
**1. für das Feuerwehrkader**

<sup>1</sup> Für das Feuerwehrkader sind jährlich regionale Weiterbildungskurse von mindestens einem halben Tag Dauer durchzuführen; die Kurse finden in der Regel vor den Frühjahrsübungen statt.

<sup>2</sup> Der Besuch dieser Kurse ist für die angebotenen Kader obligatorisch.

**§ 138 Abs. 1      3. Entschädigung**

<sup>1</sup> Bei Weiterbildungskursen geht die Entschädigung für Sold und Reisespesen zulasten der Gemeinden beziehungsweise Betriebe.

<sup>2</sup> Die Kosten für die Verpflegung sowie die Besoldung des Instruktionspersonals gehen zulasten der kantonalen Sachversicherung.

**§ 141              Persönliche Schutzausrüstung**

<sup>1</sup> Die Feuerwehrleute sind mit einer persönlichen Schutzausrüstung zu versehen. ~~die sie vor Schädigungen möglichst schützt.~~

<sup>2</sup> Nach dem Austritt aus der Feuerwehr ist die persönliche Ausrüstung zurückzugeben.

<sup>3</sup> Das Tragen der persönlichen Ausrüstung oder von Teilen derselben ist nur bei Übungen, Kursen und Ernstfalleinsätzen gestattet; die Feuerwehrkommandantin oder der Feuerwehrkommandant kann Ausnahmen bewilligen.

**§ 142 Abs. 1 und 3      Korpsmaterial**

<sup>1</sup> Die Feuerwehren sind den örtlichen Verhältnissen und Gegebenheiten entsprechend den Richtlinien und Normen der Feuerwehr Koordination Schweiz<sup>3</sup> mit Material auszurüsten.

<sup>2</sup> Das Material ist nach Übungen und Ernstfalleinsätzen unverzüglich wieder instanzustellen.

<sup>3</sup> Die Benützung von Feuerwehrmaterial zu anderer Verwendung als zu Feuerwehrzwecken sowie dessen Entnahme aus den Magazinen und Depots ist nur mit Bewilligung der Feuerwehrkommandantin oder des Feuerwehrkommandanten gestattet.

<sup>4</sup> Für die Verwendung von Zivilschutzmaterial gilt die Gesetzgebung über den Zivilschutz.

**§ 144      Gemeinsame Beschaffung**

Das Feuerwehrenspektorat ordnet die gemeinsame Beschaffung von Feuerwehrmaterial an, sofern sich daraus wesentliche betriebliche, technische oder finanzielle Vorteile ergeben.

**§ 156      Einsatzregeln**

Der Einsatz der Feuerwehr auf dem Schadenplatz hat sich nach den Ausbildungsvorschriften der Feuerwehr Koordination Schweiz<sup>3</sup> zu richten.

**III.**

Das Gesetz vom 27. April 1986 über die Nidwaldner Gebäude- und Mobiliarversicherung (Sachversicherungsgesetz, NSVG)<sup>7</sup> wird wie folgt geändert:

**Art. 100 Abs. 2      Beitragsberechtigte Massnahmen**

- <sup>1</sup> Die Anstalt leistet Beiträge an:
1. die Neuerstellung und Erweiterung von Hydrantenanlagen;
  2. die Neuerstellung und Erweiterung von zweckgebundenen Feuerlöschwasserreserven;
  3. die Anschaffung von Löschgeräten, Feuerwehrmaterial, Ausrüstungsgegenständen und Rettungsgeräten der Gemeinde- und Betriebsfeuerwehren, soweit die Objekte der Betriebe bei der Anstalt versichert sind;
  4. die Kosten der Telefonalarmeinrichtungen und die Abonnementsgebühren der Gemeinde- und Betriebsfeuerwehren, soweit die Objekte der Betriebe bei der Anstalt versichert sind;
  5. Neu- und Umbauten von zweckmässigen Feuerwehrlokalen, Lösch- und Materialdepots;
  6. die Anschaffung löschtechnisch geprüfter Handfeuerlöscher und Feuerlöschposten.

<sup>2</sup> Der Landrat setzt die Beitragsansätze ~~sowie die Bedingungen und Auflagen für die Beitragsausrichtung~~ in der Vollziehungsverordnung fest.

<sup>3</sup> Er kann in der Vollziehungsverordnung zur Verbesserung des Brandschutzes in Gebäuden die Ausrichtung von Beiträgen vorsehen, wenn der Eigentümer freiwillig Brandschutzeinrichtungen installiert, die nicht feuerpolizeilich vorgeschrieben oder als Ersatz für eine andere Brandschutzmassnahme errichtet werden, und wenn die Brandschutzeinrichtung keine Prämienermässigung bewirkt.

**IV.**

Die Vollziehungsverordnung vom 10. September 1986 zum Gesetz über die Nidwaldner Gebäude- und Mobiliarversicherung (Sachversicherungsverordnung)<sup>8</sup> wird wie folgt geändert:

*Titel, Einführung einer Abkürzung*

Vollziehungsverordnung zum Gesetz über die Nidwaldner Gebäude- und Mobiliarversicherung (Sachversicherungsverordnung, NSVV)<sup>8</sup>

**§ 77** **Beitragsansätze**  
**1. Grundsätze**

<sup>1</sup> Bei den Beitragsansätzen für bauliche Anlagen und Anschaffungen handelt es sich um Höchstansätze.

<sup>2</sup> Diese können um höchstens 100 Prozent erhöht werden, wenn das Zusammenarbeitspotential oder die Optimierungsmöglichkeiten der Feuerwehren im Sinne von Art. 2 des Feuerschutzgesetzes<sup>2</sup> vollständig genutzt werden. Das Feuerwehrenspektorat nimmt dazu eine technische Beurteilung vor.

<sup>3</sup> Von einer Beitragszusicherung ist abzusehen, wenn keine erfolgversprechenden Bemühungen um Zusammenlegung und Optimierung gemäss technischer Beurteilung des Feuerwehrenspektorats erfolgt sind.

<sup>4</sup> Der Verwaltungsrat legt im Reglement über die Beitragsleistung die Bedingungen und Auflagen für die Beitragsausrichtung fest. Er ist dabei an die Grundsätze der Feuerwehr Koordination Schweiz<sup>3</sup> gebunden.

**§ 77a** **2. bauliche Anlagen**

<sup>1</sup> Die Beitragsansätze für beitragsberechtigte bauliche Anlagen betragen:

1. an die Kosten von Rohrnetzarbeiten bei der Neuerstellung und der Erweiterung von Wasserleitungen, sofern sie vorwiegend dem Feuerschutz dienen und einen vom Verwaltungsrat festgelegten minimalen Durchmesser erreichen 20 Prozent;
2. an die Anschaffungskosten von Hydrantenstöcken in normaler Ausführung 100 Prozent;

- |    |   |             |
|----|---|-------------|
| 3. | für die Neuerstellung und Erweiterung von zweckgebundenen Feuerlöschwasserreserven, sofern sie ausschliesslich der Feuerlöschwasserreserve dienen | 15 Prozent; |
| 4. | für den Neu- und Umbau von zweckmässigen Feuerwehrlokalen   | 20 Prozent. |

<sup>2</sup>Der Verwaltungsrat kann im Reglement über die Beitragsleistungen vorsehen, dass an den Neu- und Umbau von Feuerwehrlokalen, Lösch- und Materialdepots anstelle eines Beitrages gemäss Abs. 1 ein fester Pauschalbeitrag je m<sup>2</sup> Nutzfläche ausgerichtet wird; für die beitragsberechtigte Nutzfläche solcher Lokalitäten kann er verbindliche Normen aufstellen.

### § 78 Einleitungssatz und Ziff. 6      3. Anschaffungen

Die Beitragsansätze für beitragsberechtigte Anschaffungen betragen:

- |    |   |             |
|----|---|-------------|
| 1. | für Tanklöschfahrzeuge und Motorspritzen  | 50 Prozent; |
| 2. | für Pikettfahrzeuge und Anhänger  | 40 Prozent; |
| 3. | für Schlauchmaterial, Schlosse und Strahlrohre  | 50 Prozent; |
| 4. | für übrige Löschgeräte  | 30 Prozent; |
| 5. | für Rettungsgeräte  | 30 Prozent; |
| 6. | für <u>Atemschutz-</u> und Funkgeräte   | 30 Prozent; |
| 7. | für Gegenstände der persönlichen Ausrüstung   | 30 Prozent; |
| 8. | für Alarmanlagen (Anschaffung, jährliche Abonnements- und Regalgebühren sowie jährliche Schaltungsänderungen) | 50 Prozent. |

### § 79 Abs. 1-3      Abstufung nach der Finanzkraft der Gemeinde

<sup>1</sup>Die Berechnung der tatsächlichen Ansätze gemäss den §§ 77-78 richtet sich im Einzelfall nach der Finanzkraft der Gemeinde.

<sup>2</sup>Massgebend ist dabei die prozentuale Abweichung, die sich ergibt, wenn einmal die prozentuale Abweichung vom kantonalen Mittel des Finanzkraftfaktors der Gemeinde und zweimal die prozentuale Abweichung vom kantonalen Mittel des Feuerwehersatzabgabe-Faktors der Gemeinde berücksichtigt werden.

<sup>3</sup>Der Finanzkraftfaktor wird nach den Bestimmungen der kantonalen Finanzausgleichsgesetzgebung ermittelt.

<sup>4</sup>Der Feuerwehersatzabgabe-Faktor ergibt sich aus der Teilung des Ertrages der Feuerwehersatzabgabe der Gemeinde durch die Anzahl der Gemeindeeinwohner.

<sup>5</sup>Die kantonalen Mittelwerte werden errechnet, indem die Gesamtheit aller Steuererträge der Gemeinden je Einheit durch die Zahl der Kantoneinwohner und die Gesamtheit aller Erträge der Feuerwehersatzabgabe der Gemeinden durch die Zahl der Kantoneinwohner geteilt werden.

<sup>6</sup> Für alle Berechnungen sind jene Werte zu berücksichtigen, die dem um zwei Jahre zurückliegenden Rechnungsjahr entsprechen; Stichtag für die Bemessung der Einwohnerzahlen ist der 31. Dezember des massgebenden Rechnungsjahres.

<sup>7</sup> Der tatsächliche Beitragsansatz ergibt sich aufgrund folgender Tabelle:

Summe der zwei Faktoren	Tatsächlicher Beitragsansatz in Prozenten des Höchstansatzes
- 90 und mehr	100
- 60 bis - 89	90
- 30 bis - 59	80
0 bis - 29	70
+ 1 bis + 30	60
+ 31 und mehr	50

<sup>8</sup> Die vorstehende Regelung für die Festsetzung der Beitragsansätze gilt nicht für § 78 Ziff. 3.

## § 80 Härtefälle

In besonderen Härtefällen kann der Verwaltungsrat über die in den §§ 77-78 enthaltenen Höchstansätze hinaus einen Beitragszuschlag gewähren, der höchstens 20 Prozent des Betrages erreichen darf, der sich aufgrund des Höchstansatzes ergibt.

## § 81 Abs. 2 Beitragsansatz für private Wasserversorgungen und Betriebsfeuerwehren

<sup>1</sup> Private Wasserversorgungen werden in Bezug auf die Beitragsfestsetzung öffentlichen Gemeindewasserversorgungen gleichgestellt, sofern sie über eine hinreichende Hydrantenanlage verfügen.

<sup>2</sup> Für Betriebsfeuerwehren, soweit die Objekte der Betriebe bei der Anstalt versichert sind, erreicht die Beitragsleistung der Anstalt die Hälfte der Höchstansätze gemäss den §§ 77-78.

<sup>3</sup> Betriebsfeuerwehren sind für Fahrzeuge und Feuerwehrlokale nicht beitragsberechtigt.

## V.

<sup>1</sup> Diese Änderung untersteht dem fakultativen Referendum.

<sup>2</sup> Der Regierungsrat legt den Zeitpunkt des Inkrafttretens fest.

Stans,

LANDRAT NIDWALDEN

Landratspräsidentin

Landratssekretär

- 
- <sup>1</sup> A 2011, ...  
<sup>2</sup> NG 613.1  
<sup>3</sup> [www.feukos.ch](http://www.feukos.ch)  
<sup>4</sup> NG 521.1  
<sup>5</sup> NG 613.11  
<sup>6</sup> NG 171.2  
<sup>7</sup> NG 867.1  
<sup>8</sup> NG 867.11